



Das Stromdossier Schweiz-EU: Die Task Force «Elektrizität» präsentiert Lösungen

Bern, 10. September 2021

Die Task Force «Elektrizität» von Kompass / Europa präsentiert nach mehreren Monaten intensiver Arbeit ihr «Whitepaper Stromsystem Schweiz-Europa». In diesem gehen Expertinnen und Experten der Frage nach, wie die Schweiz beim kritischen Stromdossier und der diesbezüglichen Zusammenarbeit mit der EU einen Schritt weiterkommen kann, dies mit dem Ziel, mittel- und längerfristig die Stromversorgungs- und Netzsicherheit in der Schweiz wirtschaftlich und nachhaltig sicherzustellen. Nebst einer detaillierten Analyse und Prüfung mehrerer Optionen empfiehlt die Task Force acht konkrete Punkte zur Umsetzung. Unter anderem der Zubau von weitgehend CO₂-neutralen Gaskraftwerken zu Reservezwecken.

Kompass / Europa hat seit der Lancierung im Januar 2021 stets unterstrichen, dass sich die Bewegung aktiv und konstruktiv dafür einsetzt, die Beziehungen Schweiz-EU auf eine neue Basis zu stellen und den bilateralen Weg konsequent weiterzuführen. «Aus diesem Grund haben wir unter anderem die Task Force «Elektrizität» ins Leben gerufen, die sich dem dringenden Stromdossier annahm, dieses untersuchte und analysierte und gleichzeitig Lösungen und Vorschläge für eine sichere, nachhaltige und ökonomische Stromversorgung der Schweiz erarbeitete», betont Philip Erzinger, Geschäftsführer von Kompass / Europa.

Die Task Force «Elektrizität» tagte mehrmals unter der Leitung von Hans E. Schweickardt (Vice Chairman of the Supervisory Board Polenergia SA und ehem. VRP Alpiq) und besteht aus den Mitgliedern Frau Esther Peiner (Expertin für erneuerbare Energien und neue Technologien, Partners Group AG), Kurt Bobst (ehem. CEO Repower) und Roberto Lombardini (ehem. VRP Axpo). Als Resultat ihrer Arbeit präsentiert die Task Force «Elektrizität» das «Whitepaper Stromsystem Schweiz-Europa». Zudem entstand in diesem Kontext unter der Federführung von Frau Esther Peiner die Studie «Analyse zum Schweizer Strom und der Versorgungssicherheit». Diese fokussiert insbesondere auf das Thema der Dekarbonisierung von Energieinfrastruktur und -netzen und zeigt Ansätze zur Gewährleistung einer nachhaltigen Versorgungssicherheit auf.

Im «Whitepaper Stromsystem Schweiz-Europa» erkennt die Task-Force «Elektrizität» mehrere Herausforderungen bezüglich der Stromversorgung der Schweiz und identifiziert verschiedene Faktoren, die die Versorgungssicherheit beeinträchtigen, nämlich: der schleppende Ausbau erneuerbarer Energien, der erhöhte Importbedarf in den Wintermonaten, der insgesamt steigende Strombedarf und die forcierte Schwächung der heimischen Kernkraft. Die Task Force kommt zum Schluss: Die Netz- und Versorgungssicherheit stossen an ihre Grenzen und flächendeckende Stromversorgung ist in Zukunft nicht garantiert! Ferner sind sich die Task Force-Mitglieder einig, dass sich die Lage akzentuiert und sich weiter zuspitzen wird. Denn: Auch bei einem geregelten Verhältnis mit der EU im Stromdossier ist die Versorgungssicherheit nicht sichergestellt, die Umsetzung der Energiestrategie 2050 nicht verlässlich und das Risiko von schweren Störfällen (z.B. Blackouts) stetig zunehmend.

Hans E. Schweickardt, Präsident der Task Force «Elektrizität»: «Es braucht nun ein gemeinsames und entschlossenes Handeln sämtlicher Akteure, um die missliche Situation mittels tragfähiger Lösungen zu beseitigen.»



Optionen zur Sicherung einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Stromversorgung

Im «Whitepaper Stromsystem Schweiz-Europa» hat die Task Force «Elektrizität» sechs Szenarien geprüft, die für die Schweizer Stromversorgung von Relevanz sind:

- die Weiterführung des Status quo;
- eine Autarkie-Strategie;
- den Fokus auf bilaterale Staatsverträge mit Nachbarstaaten;
- privatwirtschaftliche Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern;
- ein Interimsabkommen mit der EU über Strom;
- die Steigerung des Selbstversorgungsgrades.

In ihrer Analyse kommen die Mitglieder der Task Force «Elektrizität» zum Schluss:

1. Die Optionen Status quo, Autarkie und bilaterale Staatsverträge mit Nachbarstaaten stellen aus verschiedenen Gründen keine hinreichenden oder valablen Optionen dar. Die jeweils damit verbundenen Nachteile, Hindernisse oder Unzulänglichkeiten sind zu gross.
2. Da ein vollständiges Stromabkommen politisch blockiert ist, gilt es nun, zusammen mit der EU auf ein Interimsabkommen über Strom hinzuarbeiten. Dieses soll eine Übergangslösung auf der Basis eines technischen Stromabkommens darstellen und die sektorielle Zusammenarbeit im Bereich Elektrizität zwischen der Schweiz und der EU mittelfristig auf eine stabile – wenn auch provisorische – Basis stellen.
3. Die sich bereits in Verhandlung befindenden privatwirtschaftlichen Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern müssen als Fallback-Option weiterverfolgt und mit höherem politischem Nachdruck versehen werden.
4. Die wirtschaftliche und nachhaltige Steigerung des Selbstversorgungsgrades mittels Verlängerung der Betriebsdauer der Kernkraftwerke sowie dem Ausbau der Stromproduktion mittels weitgehend CO₂-neutralen Gaskraftwerken ist eine Notwendigkeit, die es schnellstmöglich umzusetzen gilt.

Erhöhung des Selbstversorgungsgrads wird Verhandlungsposition gegenüber der EU stärken

Abgeleitet von dieser Erkenntnis empfiehlt die Task Force «Elektrizität» die Umsetzung folgender acht Punkte, um beim kritischen Stromdossier und der diesbezüglichen Zusammenarbeit mit der EU einen Schritt weiterzukommen sowie mittel- und längerfristig die Stromversorgungs- und Netzsicherheit in der Schweiz wirtschaftlich und nachhaltig sicherzustellen:

1. Es braucht eine umfassende Informationskampagne bezüglich der Dringlichkeit und Gefährlichkeit der Lage sowohl in Kreisen stromwirtschaftlicher Akteure, der Politik und Behörden, als auch in der breiten Öffentlichkeit.
2. Die relevanten stromwirtschaftlichen Akteure sind – unter höchster politischer Führung – an einen Runden Tisch zu bringen. Dort gilt es, Interessen zu konsolidieren und eine gemeinsame, nach aussen zu vertretende Position hinsichtlich einer Lösung für die Beziehungen zur EU im Stromdossier zu erarbeiten. Die Teilnehmenden werden verpflichtet, diese Position und die Massnahmen umzusetzen, einzuhalten und zu unterstützen.
3. Es ist seitens Landesregierung sofort auf höchster diplomatischer Ebene Kontakt zur EU und insbesondere zu den mitbetroffenen Nachbarländern aufzunehmen, um dort den Verantwortlichen aufzuzeigen, dass eine baldige, nachhaltige und gute Lösung im Stromdossier für beide Seiten von grösstem Interesse ist. Die möglichen Mehrwerte, die die Schweiz in einen europäischen Strombinnenmarkt einbringen kann, sind aufzuzeigen und zu bewerben. Gleichzeitig sind die negativen Folgen für einzelne EU-Mitglieder bei einem Scheitern zu verdeutlichen.
4. Der Bundesrat ist dazu aufgefordert, einen hochrangigen Delegierten, etwa einen Staatssekretär, zu ernennen, der sich um das Stromdossier kümmert und sofort auf eine Übergangslösung mittels Interimsabkommen über Strom hinarbeitet.
5. Das Parlament ist in die skizzierten Abläufe permanent einzubinden.



6. Angesichts der zunehmenden Unterversorgung von Strom im Winter müssen Massnahmen definiert werden, die eine stabile Netz- und Versorgungssituation bis mindestens 2035 für den Fall ermöglichen, dass die Verhandlungen zum Interimsabkommen über Strom nicht erfolgreich abgeschlossen werden können. In einem ersten Schritt steht eine Verlängerung der Betriebsdauer (unter Einbindung der sicherheitsrelevanten KKW-Betreiber-Interessen) der bestehenden Kernkraftwerke im Fokus. Zudem ist der Ausbau der Stromproduktion mittels weitgehend CO₂-neutralen Gaskraftwerken zu initiieren.
7. Der Bundesrat, das EDA, das BFE sowie die ElCom unterstützen die bereits in Verhandlung befindlichen privatwirtschaftlichen Verträge zwischen ÜNB durch entsprechende flankierende Massnahmen bei ihren jeweiligen Gesprächspartnern.
8. Irrtümer und Falschannahmen im Entwurf des revidierten Energiegesetzes resp. des Stromversorgungsgesetzes sind zu korrigieren. Insbesondere der technologieoffene Zuwachs an Produktionskapazitäten (u.a. Gaskraftwerke) muss ermöglicht werden.

Weitere Auskunft:

Geschäftsstelle Kompass / Europa

Herr Philip Erzinger

philip.erzinger@kompasseuropa.ch

041 552 35 01

079 436 10 35

www.kompasseuropa.ch